



---

## 71. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

**Gremium:** Hauptausschuss  
**Sitzungstermin:** Mittwoch, 08.03.2023, 17:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 280 a, Stadtverwaltung Potsdam, Fr.-Ebert-Str. 79/81

---

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.02.2023**
  
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**
  
- 3.1 **Priorität für neuen Plenarsaal  
22/SVV/0938** Fraktion DIE LINKE
  
- 3.2 **Bauabteilungen bei den Stadtwerkeunternehmen ermöglichen  
23/SVV/0052** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  
- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**
  
- 4.1 **Ergänzung der Gesamtstädtischen Ziele sowie Strategieprojekte in Vorlagen  
23/SVV/0237** Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
  
- 4.2 **Bauausschreibung Leipziger Dreieck BA 3  
23/SVV/0241** Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

- |     |  |   |
|-----|--|---|
| 4.3 | Anmietung von Büroflächen für die<br>Landeshauptstadt<br><b>23/SVV/0242</b>        | Oberbürgermeister, Fachbereich<br>Verwaltungsmanagement |
| 4.4 | 4. Kooperationsbericht zur interkommunalen<br>Zusammenarbeit<br><b>23/SVV/0243</b> | Oberbürgermeister, Büro des<br>Oberbürgermeisters       |
| 5   | Sonstiges  |   |

#### **Nicht öffentlicher Teil**

- |   |   |  |
|---|---|--|
| 6 | <b>Feststellung der nicht öffentlichen<br/>Tagesordnung / Entscheidung über<br/>eventuelle Einwendungen gegen die<br/>Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der<br/>Sitzung vom 22.02.2023</b> |  |
| 7 | <b>Mitteilungen der Verwaltung</b>  |  |
| 8 | <b>Sonstiges</b>  |  |



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**22/SVV/0938**

öffentlich

**Betreff:**

Priorität für neuen Plenarsaal

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum: 13.10.2022

Freigabedatum: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

09.11.2022

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei den Planungen für den Verwaltungscampus dafür Sorge zu tragen, dass der Bau des neuen Plenarsaals für die Stadtverordnetenversammlung prioritär in den Planungs- und Bauablauf eingeordnet wird. Ziel ist es dabei, dass der neue Plenarsaal bis 2028 zur Verfügung steht.

Der Hauptausschuss ist bis Ende des Jahres 2022 und im folgenden quartalsweise über den Stand der Umsetzung zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam seit mehreren Jahren nicht mehr über einen eigenen Sitzungssaal verfügt. Die Folge ist, dass die Plenarsitzungen unterprovisorischen Bedingungen und mit großem organisatorischem Aufwand in einer Sporthalle und anderen Orten durchgeführt werden. Dabei ist auffällig, dass die unmittelbare Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer an den Plenarsitzungen stark rückläufig ist.

Um dieses Problem möglichst schnell zu lösen, sollte der Bau des neuen Plenarsaals vorrangig in den Planungs- und Bauablauf für den Verwaltungscampus eingeordnet werden.

**Landeshauptstadt Potsdam**

Geschäftsbereich

**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:**

Titel des Antrages:

**Drucksache Nr.:****TOP:****Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsleitende/r



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**23/SVV/0052**

öffentlich

**Betreff:**

Bauabteilungen bei den Stadtwerkeunternehmen ermöglichen

**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum: 10.01.2023

Freigabedatum: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung      Gremium

Zuständigkeit

25.01.2023

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird damit beauftragt,

- in seiner Eigenschaft als Gesellschaftervertreter Änderungen in den Gesellschaftsverträgen bei den Stadtwerken Potsdam und ihrer Tochtergesellschaften dahingehend zu ermöglichen, dass ihre Bauabteilungen zukünftig soweit rechtlich möglich bei Nichtauslastung auch externe Aufträge im Stadtwerkeverbund annehmen können, eine Pflicht, solche Abteilungen zu unterhalten bzw. einzurichten, soll für diese Unternehmen damit nicht verbunden sein.
- zu prüfen, ob auch eine Einbeziehung der Stadt und seiner Eigenbetriebe in die Ermöglichung der Beauftragung der Bauabteilungen der Stadtwerke und seiner Tochtergesellschaften rechtlich möglich ist, und dies bei Möglichkeit in seiner Eigenschaft als Gesellschaftervertreter ebenfalls durch Änderungen in den Gesellschaftsverträgen zu ermöglichen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r Saskia Hüneke, Dr. Gert Zöller

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Mindestens eine Tochtergesellschaft der SWP unterhält derzeit eine Bauabteilung zur Erbringung unternehmensinterner Bauleistungen. Da diese Leistungen, für die diese Abteilung eingerichtet wurde, im Unternehmen weitgehend nicht mehr zu erbringen sind, muss diese Tochter ihre Bauabteilung sukzessive auflösen und das Personal entlassen. Hintergrund ist, dass der Gesellschaftervertrag die Erbringung von Bauleistungen nicht ermöglicht. Eine entsprechende Änderung des Gesellschaftervertrages findet bisher nicht die Zustimmung der Stadt Potsdam. Insofern ist die Auflösung der Bauabteilung erforderlich, obwohl deren Fortbestand für alle SWP-Unternehmen nutzbringend wäre.

Der Vorteil dieser Öffnung besteht darin, dass die Stadt, ihre Eigenbetriebe (vor allem der KIS) und alle SWP-Unternehmen Bauleistungen ggf. zuverlässiger tatsächlich in Auftrag geben könnten. In Zeiten des Fachkräftemangels kommt es immer häufiger vor, dass es nach der Ausschreibung von Bauleistungen keine oder ausreichend wettbewerbliche Vergleichsangebote gibt.

Um diese Bauabteilung ggf. auch dann auslasten zu können, wenn der Bedarf an Bauleistungen im SWP-Konzern oder der Stadt und ihrer Eigenbetriebe für eine Auslastung nicht ausreicht, wäre es wünschenswert, diesen Zugang auch soweit wie rechtlich zulässig auch anderen Unternehmen zu ermöglichen.

**Landeshauptstadt Potsdam**

Geschäftsbereich

**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:**

Titel des Antrages:

**Drucksache Nr.:****TOP:****Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**23/SVV/0237**

**Betreff:** öffentlich  
**Ergänzung der Gesamtstädtischen Ziele sowie Strategieprojekte in Vorlagen**

**bezüglich**  
**DS Nr.: 22/SVV/0759**

Erstellungsdatum 23.02.2023

Eingang 502:

Einreicher: Büro des Oberbürgermeisters

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

08.03.2023	Hauptausschuss
------------	----------------

### Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Im Jahr 2018 hat die Stadtverordnetenversammlung Gesamtstädtische Ziele für die Landeshauptstadt Potsdam beschlossen (18/SVV/0575). Diese Ziele bilden die Grundlage für die Planung der operativen und strategischen Ziele der Geschäfts- und Fachbereiche. Ende 2022 wurden diese Ziele bis zum Jahr 2026 durch Beschluss der SVV verlängert (22/SVV/0759). Als Ergebnis ist vorgesehen, das Leitbild mit den Gesamtstädtischen Zielen zu synchronisieren.

Bisher werden die Gesamtstädtischen Ziele nicht in den Beschlussvorlagen der SVV berücksichtigt. Um diese Ziele sowohl in das politische als auch in das Verwaltungshandeln zu integrieren sollen, die SVV-Vorlagen um die neun Punkte über eine Check-Box-Abfrage ergänzt werden. Zudem soll der Bezug zu den Strategischen Projekten hergestellt werden (22/SVV/0352).

Durch die Berücksichtigung der bekannten neun Gesamtstädtischen Ziele (siehe Anlage) in den Vorlagen wird sichergestellt, dass dem durch die SVV beschlossenen Fokus auf die zukünftige Ausrichtung der Landeshauptstadt Potsdam Rechnung getragen wird.

Es kann dadurch ein Mehrwert an Informationen erzeugt werden, sofern die Daten auswertbar sind. Im Zuge der Einführung ALLRIS 4 sollte diese Datenerhebung auf eine einheitliche Darstellung, die eine Auswertung erlaubt, umgestellt werden.





**Landeshauptstadt  
Potsdam**  
Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

öffentlich

**Betreff:**

Erstellungsdatum \_\_\_\_\_

Eingang 502: \_\_\_\_\_

Geschäftsbereich/FB:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Entwurf

Entwurf

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

Oberbürgermeister
-------------------

Geschäftsbereich 1
--------------------

Geschäftsbereich 2
--------------------

Geschäftsbereich 3
--------------------

Geschäftsbereich 4
--------------------

Geschäftsbereich 5
--------------------

--

**Berechnungstabelle Demografieprüfung:**

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	<b>Wirkungsindex Demografie</b>	<b>Bewertung Demografie-relevanz</b>
					<b>0</b>	<b>keine</b>

**Berücksichtigung Gesamtstädtischer Ziele**

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> Digitales Potsdam   | <input type="checkbox"/> Wachstum mit Klimaschutz und hoher Lebensqualität | <input type="checkbox"/> Vorausschauendes Flächenmanagement                      |
| <input type="checkbox"/> Bedarfsorientierte und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur | <input type="checkbox"/> Umweltgerechte Mobilität                          | <input type="checkbox"/> Bürgerschaftliches Engagement                           |
| <input type="checkbox"/> Investitionsorientierter Haushalt                           | <input type="checkbox"/> Vielseitiges Unternehmertum                       | <input type="checkbox"/> Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung |

Bezug zum Strategischen Projekt, falls möglich:

**Klimaauswirkungen**

- positiv    negativ    keine

Neu

**Fazit Klimaauswirkungen:**

**Begründung:**







**Fortsetzung der Mitteilung:**

Die Baukosten verteilen sich wie folgt auf die Auftraggeber:

LHP:	3.131.862 € (netto)
EWP:	1.258.727 € (netto)
NGP:	85.031 € (netto)
VIP:	173.484 € (netto)
Summe:	4.649.104 € (netto)
	5.532.434 € (brutto)

Die Bauleistung wird europaweit ausgeschrieben.

Die Baukosten für den Anteil LHP werden aus den veranschlagten Mitteln des investiven Haushaltes laut Investitionsprogramm 2023/24 finanziert. Die städtischen Eigenmittel sind im Rahmen des Haushaltsansatzes gesichert.

Die Beauftragung soll über das Produktkonto 5440003 / 0961400, der Investitionsnummer 47000007 in Höhe von 3.726.915,78 € (3.131.862 € netto) erfolgen.

Folgende Zeitschiene ist geplant:

Veröffentlichung 03.03.2023

Submission 12.04.2023

Zuschlagserteilung 14.07.2023

Unter Berücksichtigung bauvorbereitender Maßnahmen, wie z.B. Baustelleneinrichtung, Erstellung Baulogistikplan, Beschaffung verkehrsrechtlicher Anordnungen, etc. wird der tatsächliche Baubeginn auf Anfang September terminiert. Mit der Fertigstellung der Baumaßnahme kann im 1. Quartal 2025 gerechnet werden.



**Landeshauptstadt  
Potsdam**  
Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**23/SVV/0242**

**Betreff:**  
**Anmietung von Büroflächen für die Landeshauptstadt**

öffentlich

**bezüglich  
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 23.02.2023

Eingang 502: \_\_\_\_\_

Einreicher: **Verwaltungsmanagement**

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
08.03.2023	Hauptausschuss

**Inhalt der Mitteilung:** Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Im Zuge der Modernisierung des Campusgeländes der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist die vollständige Sanierung des Rathauses geplant. Um die nötige Baufreiheit zu schaffen und die Belastung für die Mitarbeitenden und Bürgerinnen und Bürger durch die Bauarbeiten zu reduzieren, ist dazu der Auszug aller im Rathaus befindlichen Organisationseinheiten beabsichtigt. Zusätzlich wird die Verwaltung ihr bürgernahes Angebot erweitern und verbessern.

Folgende Anmietungen sind erfolgt:

1. Zur Unterbringung der Arbeitsgruppe Bürgerservicecenter und des Fundbüros während dieser Zeit werden Büroflächen von insgesamt ca. 1.500 m<sup>2</sup> im Objekt Yorckstr. 22-24 angemietet. Die in Rede stehenden Flächen befinden sich in zentraler Lage der LHP, sind sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen und im Erdgeschoss barrierefrei.

Folgende Nutzung ist geplant:

- In der Yorckstr. 22 werden im Erdgeschoss 19 Bürgerservicecenter Frontoffice- und 2 Backoffice-Arbeitsplätze und ein moderner Wartebereich und im 1. Obergeschoss 21 Backoffice-Arbeitsplätze und ein Behördenschalter sowie die Sozialräume für die Mitarbeitenden eingerichtet.
- In der Yorckstr. 24 wird im EG das Fundbüro eingerichtet.
- Zur Anmietung in diesem Objekt gehören auch Lagerflächen sowie zwei Stellplätze in der Tiefgarage zur Absicherung der Anlieferung und des Post austauschs.

Der Mietbeginn und der Einzug sind für das 4. Quartal 2023 vorgesehen. Die Mietlaufzeit beträgt 10 Jahre mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre. In dieser Zeit soll innerhalb des Gesamtprojekts CampusLHP ein neuer Standort für den Bürgerservice geschaffen werden.

Fortsetzung der Mitteilung auf Seite 3



**Fortsetzung der Mitteilung:**

1. Auf Grund der bestehenden Energiekrise soll in der Wilhelmalerie (Charlottenstraße 42/Platz der Einheit) eine zentrale Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden. Das Beratungsangebot des Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration an diesem Standort soll persönliche und telefonische Beratungen zum Thema Wohngeld, Sicherung von Wohnraum und Umgang mit den Auswirkungen der Energiekrise enthalten. Zur Einrichtung dieser zentralen Beratungsstelle ist die Anmietung von Flächen mit insgesamt ca. 370 m<sup>2</sup> in der Wilhelmalerie beabsichtigt.

Die Räumlichkeiten verteilen sich im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss und verfügen über moderne Büroräume, Beratungsräume und Teeküchen. Das Mietobjekt bietet Platz für ca. 17 Arbeitsplätze.

Der Mietbeginn und der Einzug sind für das 1. Quartal 2023 vorgesehen. Die Mietlaufzeit beträgt 5 Jahre.

Auf Grund der Lage, der starken Frequentierung und der hervorragenden Anbindung an den ÖPNV bietet sich die Wilhelmalerie als Standort für eine zentrale Beratungsstelle an.

3. Zur Schaffung von zusätzlichen Büroflächen für den Geschäftsbereich 3 Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit werden Flächen von insgesamt ca. 485 m<sup>2</sup> im Objekt Berliner Straße 135/ Behlertstraße 3 (Haus F) in 14467 Potsdam angemietet.

Die Räumlichkeiten verteilen sich auf das EG und das 1. OG und bieten Raum zur Einrichtung von 29 Back-Office-Arbeitsplätzen.

Der Mietbeginn ist für das 1. Quartal 2023 geplant. Die Mietlaufzeit wird mit der Laufzeit des Mietvertrages der Hauptfläche in der Behlertstraße 3a Haus M/N synchronisiert.

Das Objekt befindet sich in unmittelbarer Nähe vom Hauptsitz der FB 38 Soziales und Inklusion und 39 Wohnen, Arbeit und Integration. Die Flächenpotenziale in den bereits angemieteten Fremddimmobilien sind auch nach erfolgter Flächenoptimierung komplett erschöpft und bieten keine freien Kapazitäten, um die Arbeitsplätze für den notwendigen Personalzuwachs des Geschäftsbereichs 3 zu schaffen.

Die Anmietungen erfolgen im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgabe als Generalan- und -vermieter für die Organisationseinheiten der Landeshauptstadt durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS).

**Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Mitteilungsvorlage****Betreff:** Anmietung von Büroflächen für die LHP

1. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen?  Nein  Ja
2. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe?  Nein  Ja
3. Ist die Maßnahme bereits im Haushalt enthalten?  Nein  Ja  Teilweise
4. Die Maßnahme bezieht sich auf das Produkt Nr. 11180 Bezeichnung: Verwaltungsgebäude.
5. Wirkung auf den Ergebnishaushalt:

Angaben in EUro	Ist-Vorjahr	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Gesamt
<b>Ertrag</b> laut Plan	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Ertrag</b> neu	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Aufwand</b> laut Plan	1.510.864	7.296.900	7.362.900	7.430.400	7.430.400	7.430.400	36.951.000
<b>Aufwand</b> neu	1.510.864	7.205.200	7.930.700	8.013.200	7.427.100	7.497.300	38.073.500
<b>Saldo Ergebnishaushalt</b> laut Plan	-1.510.864	-7.296.900	-7.362.900	-7.430.400	-7.430.400	-7.430.400	-36.951.000
<b>Saldo Ergebnishaushalt</b> neu	-1.510.864	-7.205.200	-7.930.700	-8.013.200	-7.427.100	-7.497.300	-38.073.500
<b>Abweichung zum Planansatz</b>	0	91.700	-567.800	-582.800	3.300	-66.900	-1.122.500

5. a Durch die Maßnahme entsteht eine Haushaltsbelastung über den Planungszeitraum hinaus bis 2027 in der Höhe von insgesamt 1.122.500 Euro.

6. Wirkung auf den investiven Finanzhaushalt:

Angaben in Euro	Bisher bereitgestellt	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Bis Maßnahmeende	Gesamt
<b>Investive Einzahlungen</b> laut Plan								
<b>Investive Einzahlungen</b> neu								
<b>Investive Auszahlungen</b> laut Plan								
<b>Investive Auszahlungen</b> neu								
<b>Saldo Finanzhaushalt</b> laut Plan								
<b>Saldo Finanzhaushalt</b> neu								
<b>Abweichung zum Planansatz</b>								

7. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Unterprodukt Nr. Bezeichnung gedeckt.

8. Die Maßnahme hat künftig Auswirkungen auf den Stellenplan?  Nein  Ja  
 Mit der Maßnahme ist eine Stellenreduzierung von           Vollzeiteinheiten verbunden.  
 Diese ist bereits im Haushaltsplan berücksichtigt?  Nein  Ja
9. Es besteht ein Haushaltsvorbehalt.  Nein  Ja

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

Die Mieten und Betriebskosten für die benannten Neuanmietungen werden im Produkt 11180 – Verwaltungsgebäude veranschlagt und stellen sich wie folgt dar:

	2023	2024	2025	2026	2027	Summe
Miete	331.461	701.951	717.022	732.417	748.143	3.230.993,26
BK	70.810	129.165	131.230	133.328	135.460	599.992,79
<b>Summe</b>	<b>402.271</b>	<b>831.117</b>	<b>848.252</b>	<b>865.744</b>	<b>883.602</b>	<b>3.830.986,05</b>

Gegenüber der mittelfristigen Ergebnisplanung aus dem beschlossenen Haushalt 2022 entstehen in diesem Produkt für alle relevanten Anmietungen folgende Abweichungen:

2023: + 91.700 €

2024: - 567.800 €

2025: - 582.800 €

2026: + 3.300 €

2027: - 66.900 €

Die Aufwendungen sind im Entwurf des Haushaltplans 2023/24 berücksichtigt und stehen unter dem Vorbehalt des Beschlusses der SVV über den Haushalt 2023/24.

**Anlagen:**

- Erläuterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen  
**(Interne Pflichtanlage!)**
- Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
- Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**23/SVV/0243**

**Betreff:**

**4. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit**

öffentlich

**bezüglich**

**DS Nr.:**

Erstellungsdatum 23.02.2023

Eingang 502: \_\_\_\_\_

Einreicher: Büro des Oberbürgermeisters

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

08.03.2023	Hauptausschuss
------------	----------------

**Inhalt der Mitteilung:** Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Der Oberbürgermeister berichtet zum aktuellen Stand der interkommunalen Zusammenarbeit. Einen entsprechenden Überblick gewährt die als Anlage beigefügte tabellarische Übersicht.

Im Jahr 2022 hatte die Landeshauptstadt Potsdam - genauso wie der Rest Europas - mit einer schwierigen Weltpolitik und der Bewältigung seiner äußerst komplexen Folgen zu kämpfen: Krieg, Flüchtlings- und Energiesituation. Noch nicht angeklungen waren zudem die Folgen der Corona-Pandemie. So erwies sich auch diesmal der Bereich der interkommunalen Politik im Weiteren wie im engeren Sinne als der Ort, an dem man sich mit zuverlässigen Partnern eng austauschen und gegenseitig unterstützen konnte: den umliegenden Landkreisen und Kommunen, den kommunalen Spitzenverbänden und Städtepartnerschaften.

Die Bemühungen des Oberbürgermeisters für eine stärkere Abstimmung mit der Region werden durch die Stadtverordneten mit einem Beschluss über die Vertiefung der interkommunalen Kooperation (19/SVV/0058) unterstützt. Somit gilt das Ziel, „durch gemeinsame Anstrengungen zum gegenseitigen Vorteil, Kräfte zu bündeln und Synergien zu erschließen. Dabei sollen die gegenwärtig praktizierten Felder der Kooperation weitergeführt und vertieft und neue Felder erschlossen werden.“ Darüber berichtet der Oberbürgermeister in seinem Jahresbericht.

Neben dem intensiven Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden im Rahmen von Arbeitskreisen, Präsidiumssitzungen oder anderen Formaten, nehmen Themen wie Mobilität und Verkehr, Smart City oder Regionalentwicklung eine wichtige Rolle ein.



## **Bericht zur interkommunalen Zusammenarbeit 2022**

### **Einleitung**

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) berichtet zum aktuellen Stand der interkommunalen Zusammenarbeit. Die tabellarische Anlage gewährt einen detaillierten Einblick in die Tätigkeit der Geschäftsbereiche.

Im Jahr 2022 hatte die Landeshauptstadt Potsdam - genauso wie der Rest Europas - mit einer schwierigen Weltpolitik und der Bewältigung seiner äußerst komplexen Folgen zu kämpfen: Krieg, Flüchtlings- und Energiesituation. Noch nicht abgeklungen waren zudem die Folgen der Corona-Pandemie. So erwies sich auch diesmal der Bereich der interkommunalen Politik im engeren wie im weiteren Sinne als der Ort, an dem man sich mit zuverlässigen Partnern eng austauschen und gegenseitig unterstützen konnte: den umliegenden Landkreisen und Kommunen sowie den kommunalen Spitzenverbänden.

### **Auftrag zur Berichterstattung**

Die Bemühungen des Oberbürgermeisters für eine stärkere Abstimmung mit der Region werden durch die Stadtverordneten mit einem Beschluss über die Vertiefung der interkommunalen Kooperation (19/SVV/0058) unterstützt. Somit gilt das Ziel, „durch gemeinsame Anstrengungen zum gegenseitigen Vorteil, Kräfte zu bündeln und Synergien zu erschließen. Dabei sollen die gegenwärtig praktizierten Felder der Kooperation weitergeführt und vertieft und neue Felder erschlossen werden.“ Darüber berichtet der Oberbürgermeister in seinem Jahresbericht.

### **Sachstand**

Die interkommunale Zusammenarbeit und Abstimmung auf kommunaler Ebene in den letzten 12 Monaten: Die LHP **(1.)** bringt sich dabei durch den Oberbürgermeister sowie den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung als Mitglieder entsprechender Arbeitskreise aktiv in die Verbandsarbeit des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg sowie des Deutschen Städtetages ein **(2.)** beteiligt sich am Kommunalen Nachbarschaftsforum, **(3.)** verstetigt die regionale Abstimmung mit den Nachbarn Potsdams, **(4.)** treibt eine fachbezogene Koordinierung insbesondere im Bereich Mobilität und Verkehr voran, und **(5.)** unterstützt politisch die Schwerpunktsetzung der 2019 gewählten Landesregierung auf die Regionen.

Darüber hinaus vertritt der Oberbürgermeister die Landeshauptstadt in den Gremien der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming und ist erster Stellvertreter des Vorsitzenden.

#### **1.) Verbandsarbeit im Städte- und Gemeindebund sowie im Deutschen Städtetag**

Der Oberbürgermeister nimmt als Mitglied des Präsidiums an der Arbeit des Städte- und Gemeindebundes auf Landes- und Bundesebene teil sowie an der des Deutschen Städtetages.

Ein intensiver Austausch erfolgte insbesondere zu der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, zu den Entlastungsmaßnahmen der Bevölkerung und Unternehmen

hinsichtlich der gestiegenen Energiekosten oder zur Zukunft der Galeria Karstadt Kaufhof Standorte. Auch diesmal wurde der Austausch von der Zusammenarbeit mit den Kreisarbeitsgemeinschaften des Städte- und Gemeindebundes flankiert.

## 2.) Smart City

„Smart“ bedeutet für Potsdam, sich sowohl innerhalb der Stadt als auch mit anderen Kommunen auszutauschen und voneinander zu lernen. Viele Herausforderungen betreffen auch angrenzende Kommunen in der Metropolregion Berlin/Brandenburg. Die Arbeitsgruppe Smart City Potsdam (AG Smart City Potsdam) denkt digitale Lösungen vernetzt in die Region hinein und leistet dadurch einen Beitrag, regionale Potentiale zu erschließen.

Hierfür wurde innerhalb der AG Smart City eine Smart Region Managerin eingesetzt, die in enger Zusammenarbeit mit regionalen Partnern den Weg hin zu einer Smart Region beschreitet. Die Aktivitäten der AG Smart City bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit sind im August 2022 gestartet und sind vorerst prioritär auf das Ziel der Strategieerstellung und Maßnahmenentwicklung für die Smart City Potsdam ausgerichtet.

Sie umfassen eine Smart Region Bestandsaufnahme über bestehende relevante Best-Practice-Beispiele und relevante strategische Bezugspunkte, ein Smart Region Benchmarking, ein Netzwerkaufbau innerhalb der Metropolregion Berlin-Brandenburg sowie die Durchführung von Interviews und Workshops.

Die Beteiligungsformate wurden insbesondere dafür genutzt, um konkrete Maßnahmen innerhalb der Smart Region Handlungsfelder Mobilität, Gesundheit, Datenplattform und Governance-Struktur für eine effiziente Form der Zusammenarbeit zu identifizieren.

Ein Schlüsselprojekt ist der Aufbau eines kooperativen Regio.hubs. Der Regio.hub soll eine geeignete Governance-Struktur bereitstellen für eine effiziente, koordinierte, ressourcenschonende und gleichberechtigte regionale Zusammenarbeit für Mitarbeitende der Verwaltungen auf Arbeitsebene, unter Einbezug von Fachexperten aus Wissenschaft und Wirtschaft, und als Dach für unterschiedliche Labs und Aktivitäten fungieren.

Der motivationale Hintergrund des Projektes besteht vornehmlich darin, im Rahmen von regionalen Kooperationsprojekten an Querschnittsthemen/Herausforderungen zu arbeiten, die sich nicht oder nur schwer durch eine einzelne Kommune bewältigen lassen. Im Fokus stehen u.a. gemeinsame Digital Health Solutions, Smart Mobility Solutions, digitale Lösungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz. In Zusammenarbeit mit Potsdam-Mittelmark bietet sich das Thema Wasser/smartes Wassermanagement an sowie der Aufbau einer regionalen Datenplattform.

Durch den Regio.hub kann die bisherige Zusammenarbeit auf eine neue Ebene gehoben werden. Er dient als Projektmotor und Anlaufpunkt und ebnet somit den Weg hin zu einer smarten Region.

Neben dem Regio.hub hat die AG Smart City die Teilnahme am Pilotprojekt BB Navi initiiert und zusammen mit den Fachkollegen, die Feinplanung von Mobilitätsstationen unter Einbezug der Fachkollegen aus Potsdam-Mittelmark, dem VBB, ViP vorangetrieben, sodass die Maßnahmen mit in die Smart City Strategie aufgenommen werden können.

Im Rahmen dieser ersten Aktivitäten ist eine gute Zusammenarbeit mit Kolleg\*innen aus anderen Modellkommunen Smart City innerhalb der Metropolregion Berlin/Brandenburg (u.a. Berlin und Bad Belzig/Wiesenburg und Guben), der Wirtschaftsförderung Brandenburg, der Digitalagentur Brandenburg, dem Projektteam der Smarten.Land.Region Potsdam-Mittelmark, der DB Mindbox und Weiteren initiiert worden.

Eine Weiterführung dieser Zusammenarbeit ist auch künftig geplant. An einer Erweiterung des Netzwerkes wird während der gesamten Projektlaufzeit gearbeitet. Darüber hinaus partizipiert die AG Smart City im Sinne des Wissenstransfers u.a. an der Arbeitsentwicklungsgemeinschaft Smarte Regionen der Koordinierungsstelle und tauscht sich im Rahmen von Vernetzungsevents wie der Smart Country Convention 22 und Smart City Expo World Congress Barcelona mit Fachkollegen aus anderen Städten und Ländern aus.

### **3.) Kommunales Nachbarschaftsforum**

Die Landeshauptstadt war im Mai 2020 Gründungsmitglied des neu gegründeten Vereines „Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e.V.“ (KNF), mit dem die langjährige Zusammenarbeit in der Region in neuer Rechtsform organisiert wurde. Der Beigeordnete Bernd Rubelt ist im Vorstand vertreten.

Das KNF ist aktuell das einzige gesamtregionale, länderübergreifende Austauschforum für Berlin und die angrenzenden Kommunen und Landkreise im Land Brandenburg. Über die KNF-Jahresthemen und -Jahreskonferenzen, den hierbei verfassten Positionen und Fachbeiträgen wird das KNF auf Landesebene, in den Regionen und Kreisen sowie bei Verbänden und Vereinen als wichtiger Partner wahrgenommen und akzeptiert.

Die LHP ist vertreten in den Arbeitsgruppen West und Süd und beteiligt sich in den themenbezogenen Anliegensgruppen. Die KNF-Jahreskonferenz 2022 wurde dem Thema „Zentrenentwicklung und Innenstadtstärkung“ gewidmet. Die LHP war mit einem Impuls-Beitrag im Programm vertreten. Darüber hinaus war die LHP 2022 auf Arbeitsebene im Rahmen des interkommunalen Erfahrungsaustauschs bei der Vorbereitung und Erstellung von Arbeitshilfen beteiligt wie etwa zur Bereitstellung zeitgemäßer (sozialer) Infrastrukturangebote. Für das Jahr 2023 ist geplant, sich schwerpunktmäßig mit dem Klimaschutz auseinanderzusetzen.

### **4.) Regionale Abstimmung mit den Nachbarn Potsdams im Regionalgespräch und Gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses der LHP mit dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark**

Im Rahmen der Regionalgespräche mit den Nachbargemeinden Potsdams tauscht sich der Oberbürgermeister zu aktuellen Themen aus, um Synergien zu gemeinsamen Anstrengungen zu erschließen. So werden neben den Landräten von Potsdam-Mittelmark und Havelland, der Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf und dem Bezirksbürgermeister von Spandau werden dazu die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Potsdamer Nachbargemeinden eingeladen.

Vor dem Hintergrund des jedoch schwierigen politischen Kontextes mit der dringenden Unterbringung ankommender ukrainischer Kriegsvertriebenen sowie der sich ankündigenden Energiekrise, waren die Ressourcen der Nachbarkommunen mit der Bewältigung eben dieser Lage beschäftigt und so wurde das für Herbst 2022 geplante Regionalgespräch verschoben.

Eine Gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses der LHP mit dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark konnte allerdings am 15. November 2022 am Seddiner See stattfinden. Die Tagesordnung erfasste das Thema „Verhandlungen über gesellschaftsrechtliche Anpassungen der Klinik Ernst von Bergmann Bad Belzig gemeinnützige GmbH“ sowie die Marketingkampagne „MEHR ZUKUNFT - Erfolgreiche regionale Kooperation im Bereich Gesundheitswirtschaft in Potsdam und Potsdam-Mittelmark“. Im Jahr 2023 soll die nächste gemeinsame Sitzung stattfinden.

## 5.) Fachbezogene Koordinierung im Bereich Mobilität und Verkehr

Die Landeshauptstadt Potsdam engagiert sich im Rahmen ihrer Gremientätigkeit innerhalb des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB). In den genannten politischen Abstimmungen im Städte- und Gemeindebund Brandenburg und im Deutschen Städtetag sowie mit den Nachbarn nimmt das Thema Mobilität und Verkehr eine wichtige Stellung ein.

In Bezug auf die Verflechtung mit den angrenzenden Gemeinden innerhalb des Landkreises Potsdam-Mittelmark werden ein Masterplan und Umsetzungskonzept für das nachhaltige regionale Verkehrsmanagement erarbeitet. Die Ziele des Projektes sind:

- die Erweiterung des bestehenden Verkehrsmanagements (UVM) zu einem netzweiten regionalen Verkehrsmanagement (NRVM) mit Qualitätsmanagement
- eine kooperative und zuständigkeitsübergreifende Erweiterung des Betrachtungsraumes über die Grenzen Potsdams hinaus auch ins Umland, zur besseren Berücksichtigung der Pendlerströme und
- die Etablierung eines dynamischen Verkehrsmanagements für die Region in Kooperation zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und dem Landesbetrieb Straßenwesen unter Einbeziehung der Verkehrsträger und Umlandgemeinden

Zur Bearbeitung des Projektes wurde ein Arbeitskreis aus den Umlandgemeinden gebildet, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg sowie der Landeshauptstadt Potsdam angehören, in dem Entwürfe des Konzeptes abgestimmt werden.

Ein wichtiges zentrales gemeinsames Projekt aus dem Stadt-Umland-Wettbewerb war die Fertigstellung einer Fuß- und Radbrücke über den Zernsee zwischen der Stadt Werder (Havel) und der Gemeinde Schwielowsee sowie der Landeshauptstadt Potsdam.

Darüber hinaus wurde gemeinsam mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf, der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, den Städten Teltow und Werder (Havel) sowie den Gemeinden Kleinmachnow, Stahnsdorf, Nuthetal und Schwielowsee das Projekt „Radschnellverbindungen Südwest“ begonnen, bei dem ein Konzept zur Verlängerung der geplanten Radschnellverbindungen von Berlin in die benachbarten Kommunen im südwestlichen Brandenburg erarbeitet werden soll.

## 6.) Regionale Wachstumskerne (RWK) / Regionalentwicklungsstrategie des Landes Brandenburg

Am 31. August 2021 hat die Landesregierung mit dem Kabinettsbeschluss „Regionaler Zusammenhalt in Brandenburg“ über Eckpunkte und Strategische Leitplanken, die Grundlage für die Erarbeitung und Umsetzung einer ressortübergreifenden, den Gesamtraum abdeckenden Regionalentwicklungsstrategie des Landes Brandenburg (RES) geschaffen. Die RES basiert auf dem Leitgedanken, die Stärken der Regionalen Wachstumskerne mit weiteren regionalen Akteuren in den fünf Planungsregionen des Landes zu bündeln. Damit knüpft die RES unmittelbar an den Regionalen Wachstumskernprozess an. Ziel ist es, in den kommenden Jahren in allen Planungsregionen des Landes Brandenburg strategisch bedeutsame regionale Schlüsselprojekte gemeinsam zu erarbeiten und umzusetzen. Bereits seit Beginn des Regionalentwicklungsprozesses im Jahr 2020 findet zwischen den Regionalen Wachstumskernen der Region Havelland-Fläming (Landeshauptstadt Potsdam, Brandenburg an der Havel, Ludwigfelde, Luckenwalde) ein intensiver Austausch statt, in welchem erste Ideen für mögliche regionale Schlüsselvorhaben diskutiert werden.

Mit dem Start der sogenannten REGIONALE im Januar 2022 als Dialog- und Arbeitsprozess zur Regionalentwicklungsstrategie in den einzelnen Regionen hat sich der Akteurskreis neben den vier RWKs um die Landkreise (Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming) und die LEADER-Aktionsgruppen (LAG Havelland e.V., LAG Fläming-Havel e.V., LAG „Rund um die Flaeming-Skate“ e.V.) erweitert. In mehreren Workshops wurden im Laufe des Jahres 2022 gemeinsame Handlungsfelder und Projektansätze identifiziert.

Für 2023 ist geplant, den Austausch zwischen den RWKs, Landkreisen und LAGn im Rahmen der REGIONALE fortzusetzen und konkrete Schlüsselvorhaben für die Region Havelland-Fläming zu entwickeln.

## **7.) Kassel und Potsdam im Austausch zu Galeria 2.0**

Ein gutes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit im weiteren Sinne, da keine umliegende Gemeinde, zeigte sich 2022 auch durch den guten Austausch mit der Stadt Kassel zum neuen Konzept der dortigen Filiale von Galeria Karstadt Kaufhof. Zudem wurden im Rahmen des Gesprächs die Veränderungsprozesse von „Galeria 2.0“ und die Antwort der Kundschaft darauf beleuchtet. Von der geteilten Erfahrung konnte die LHP profitieren und ein innovatives Angebot zur Gestaltung der Potsdamer Karstadt Filiale als Teil eines neuen Innenstadtkonzeptes ins Rennen bringen. Weitere Themen des Austausches waren die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort, bestehende Netzwerke, Citymanagement, Erfahrungen im Umgang mit Corona sowie die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der Energiekrise.

## **8.) Bündnis Städte Sicherer Häfen**

Das Bündnis Städte Sicherer Häfen wurde im Juni 2019 gegründet. Es hat aktuell 121 Mitglieder. Die Landeshauptstadt Potsdam koordiniert das kommunale Netzwerk.

Das Jahr 2022 war von dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der damit verbundenen humanitären Aufnahme von Geflüchteten in den Städten und Gemeinden Deutschlands geprägt. Die Situation war und ist mit Blick auf die hohen Zahlen an ukrainischen Geflüchteten für Städte und Gemeinden besonders herausfordernd.

In diesem Zusammenhang bot das Bündnis eine Plattform für den konkreten, praxisbezogenen Austausch über Unterbringung, Rechtsrahmen und Integration. Die Möglichkeit des Austausches stieß bei den Mitgliedern auf überraschend große Resonanz. Zum Thema Ukraine fanden in 2022 drei Austauschrunden statt.

Der von den Bündnismitgliedern angestrebte Fachaustausch mit dem Bundesministerium des Innern wurde am 23. August 2022 fortgesetzt. Im Ergebnis des Austausches mit Frau Staatssekretärin Juliane Seifert stand die Option, eine Arbeitsgruppe für den weiteren fachlichen Austausch zwischen Bündnis und Bundesinnenministerium zu gründen. Die Arbeitsgruppe hat im Januar 2023 ihre Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, gemeinsam ein Konzept zu erstellen, wie die Aufnahme von Geflüchteten gestaltet werden soll.

Die Zusammenarbeit der LänderkoordinatorInnen des Bündnisses hat sich bewährt. Im Jahr 2022 fanden acht Treffen der LänderkoordinatorInnen statt. Diese dienten dazu, Themen aus den Städten zu bündeln und Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

### Anlage

Übersicht Interkommunale Zusammenarbeit der LHP 2022

## Anlage

Übersicht Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit der LHP 2022

<b>BM/GBL</b>	<p>Der Bürgermeister und die Beigeordneten der Landeshauptstadt Potsdam sind in den folgenden Gremien vertreten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Bürgermeister und Kämmerer im Finanzausschuss des Städte- und Gemeindegewerksverbandes Brandenburg (StGB) sowie des Deutschen Städtetages DST);</li> <li>- die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit des StGB;</li> <li>- die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport im Ausschuss für Bildung, Jugend, Kultur und Sport des StGB und im Fachausschuss für Bildung, Jugend, Kultur und Sport des DST</li> <li>- der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Verkehr des StGB und im für Bau- und Verkehrsausschuss des DST.</li> </ul>
<b>99</b>	<p><b>Fachbereich Kommunikation und Partizipation</b></p> <p>Projekte <b>Städte Sicherer Häfen</b></p> <p>Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ (*2019) vereint bundesweit 121 Kommunen, Gemeinden und Landkreise, welche sich mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer solidarisieren.</p> <p>Sie verbindet die Bereitschaft, aus Seenot gerettete und/oder in überfüllten Aufnahmelagern gestrandete Schutzsuchende zusätzlich aufzunehmen.</p> <p>Die Bündnisstädte verstehen sich als humanitäre Wertgemeinschaft mit hoher Kompetenz für die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen und bekräftigen gegenüber der Bundesregierung ihr Angebot zur Unterstützung und zur zusätzlichen Aufnahme.</p>
<b>GB 1:</b>	<p>Im Rahmen der interkommunalen Verbands- und Gremienarbeit im Bereich <b>Finanzen und Finanzmanagement</b> gehört der Bürgermeister und Kämmerer, Herr Burkhard Exner, dem Finanzausschuss des Städte- und Gemeindegewerksverbandes Brandenburg sowie dem Finanzausschuss des Deutschen Städtetages an.</p> <p>Darüber hinaus ist der Leiter der Stadtkasse der Landeshauptstadt Potsdam, Herr Dietmar Liese, Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg und zugleich Bundesvorsitzender des Fachverbands der Kommunalkassenverwalter.</p>
<b>GB 2:</b>	<p><b>E-Ausleihe Verbund Brandenburg</b></p> <p>Das gemeinsame E-Book-Portal der <b>Bibliotheken</b> der Oberzentren Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg/Havel sowie des</p>

	Landkreises PM ist für alle registrierten Nutzer o.g. Bibliotheken zugänglich.
	Die <b>Volkshochschule</b> arbeitet im Rahmen des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes (BVV) mit den städtischen und Kreisvolkshochschulen des Landes Brandenburg zusammen. Darüber hinaus kooperiert auch der BVV mit dem Landesverband der Bibliotheken.
	Die <b>Musikschule</b> arbeitet im Rahmen des Verbandes der Musik- und Kunstschulen des Landes Brandenburg mit den anderen Musikschulen in kommunaler Trägerschaft zusammen, hier insbesondere mit Musikschulen der Region West.
	Der jährlich stattfindende „ <b>Tag der offenen Ateliers</b> “ wird vom Fachbereich Kultur und Museum jährlich in Abstimmung mit anderen teilnehmenden Landkreisen und kreisfreien Städten zusammen organisiert.
	<p><b>Hoheitliche Jugendhilfe</b></p> <p><b>AG Amtsvormundschaften</b> nimmt an folgenden interkommunalen Arbeitsgruppen teil:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesarbeitsgemeinschaft Brandenburger Vormundschaften</li> <li>• Beratung Brandenburger Amtsvormünder</li> </ul> <p><b>AG Adoption</b></p> <p>Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Adoptionsvermittlung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, dem Landkreis Havelland, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, dem Landkreis Teltow-Fläming, und der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel</p> <p><b>AG Bundeselterngeld</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 2x jährlicher Erfahrungsaustausch mit den Elterngeldstellen in Brandenburg auf Einladung des MSGIV Brandenburg, Referat 22 Familienpolitik - als Fachaufsicht der Elterngeldstellen</li> <li>• Information zum Stand der Digitalisierung „ElterngeldDigital“ durch BMFSFJ, Mitwirkung der Elterngeldstelle der LHP beim Projekt des BMFSFJ, der Testung des Onlineassistenten ElterngeldDigital für das Land Brandenburg</li> </ul> <p><b>AG Unterhaltsvorschuss</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilnahme am Arbeitskreis Rückgriff. In diesem Arbeitsgremium findet ein fachlicher Austausch mit den anderen Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs zum Thema Rückgriff statt.</li> <li>• Teilnahme an zwei Mal im Jahr stattfindenden, durch das MBS organisierten Sitzungen mit allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg.</li> </ul>
	<p><b>Jugendhilfe - Serviceeinheit Jugend</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilnahme am <b>Arbeitskreis „Serviceeinheit Jugend“</b> zu Daten</li> </ul>

	<p>der Jugendhilfe im Land Brandenburg;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weitere Teilnehmer: 14 Landkreise und 4 kreisfreie Städte in Brandenburg</li> <li>• Sitz der Serviceeinheit ist in Forst (Lausitz), Landkreis Spree-Neiße</li> </ul> <p><b>Der Bereich Sport</b> arbeitet interkommunal auf Ebene des Arbeitskreises Deutscher Sportämter ADS mit anderen Kommunen oder Landkreisen zusammen.</p> <p>Darüber hinaus wird auch auf Ebene der Internationalen Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen IAKS auf dem Gebiet der Sportbauten und Freizeiteinrichtungen ein entsprechender Erfahrungsaustausch betrieben.</p>
	<p><b>Kindertagesbetreuung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortlaufende Initiativen der kreisfreien Städte im Land Brandenburg zu gesetzlichen Änderungen, u.a. des KitaG des Landes Brandenburg, insbesondere im Kontext der Erhebung der Elternbeiträge und SGB VIII Reform</li> <li>• Interkommunale Zusammenarbeit in Arbeitsgruppen des MBSJ zur Kita-Rechtsreform</li> <li>• Fortlaufende Zusammenarbeit bezogen auf das pandemische Geschehen sowie Bewältigung der Folgen des Ukrainekrieges</li> <li>• regelmäßiger Austausch mit den Fachberatungen der Kreise, kreisfreien Städte und freien Träger</li> </ul> <p><b>Bereich Schule</b></p> <p>Der Schulträger ist Mitglied im Vergleichsring (ca. 10 Schulträger aus ganz Deutschland) und umliegende Landkreise Potsdam-Mittelmark, Havelland, Brandenburg</p>
<b>GB 3</b>	<p>Kooperation mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zur <b>Zulassung von Fahrzeugen</b> im Rahmen der erweiterten Zuständigkeit.</p> <p>Weiterhin wurde im Rahmen der internetbasierten Fahrzeugzulassung eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Teilaufgabe der elektronischen Identitätsfeststellung und des elektronischen Identitätsmanagements mit insgesamt 17 Vertragspartnern (die vier kreisfreien Städte, sowie 13 Landkreise des Landes Brandenburgs) geschlossen.</p>
	<p>Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur <b>Übertragung der Aufgaben des Standesamtes der Gemeinde Nuthetal</b> auf die Landeshauptstadt Potsdam</p>
	<p><b>Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Cottbus</b> über den Betrieb eines geeigneten <b>elektronischen Personenstandsregisterverfahrens</b> sowie den Betrieb des IT-Fachverfahrens Automation im Standesamt (AutiSta).</p>
	<p><b>Regionalleitstelle</b> mit den LK OPR, PR und HVL.</p>

	Sie dient der Steigerung der Effektivität, der Einsparung von Personal und damit von Kosten und bietet ein hohes Sicherheitsniveau.
	Nachbarliche Hilfe bei <b>Feuerwehr- und Rettungseinsätzen</b> und Großschadenslagen, insbesondere mit den Landkreisen PM, HVL und dem Land Berlin. Landesweite Unterstützung bei Waldbrandanlagen durch Sondertechnik und Führungskomponente
	Zusammenarbeit im Rahmen der einjährigen Grundausbildung der Berufsfeuerwehr mit dem Landkreis PM sowie den Kommunen Brandenburg a.d. Havel und Teltow.
	<p><b>Bereich Soziale Wohnhilfen</b> i.V.m. Trägern der Wohnungslosenhilfe. Seit 2016 jährliche Treffen der Arbeitskreise Wohnungslos Potsdam und Potsdam Mittelmark.</p> <p>Gemeinsame Finanzierung des Potsdamer Frauenhauses mit dem Landkreis Potsdam Mittelmark. Aufgrund des gestiegenen Bedarfs und durch Änderungen in der Landesförderung wird mit Fertigstellung eines Neubaus in Werder / Havel die Kooperation voraussichtlich 2025 enden.</p>
	<p><b>Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem LK PM existiert auf dem Gebiet der <b>Fleischhygieneüberwachung</b> und ist seit dem 03.06.1998 wirksam. Mit dieser Regelung wurde die Durchführung der Schlachtier- und Fleischuntersuchung übertragen.</li> <li>• Weiterbildung von Tierärztinnen und Tierärzten auf dem Gebiet der öffentlichen Veterinärverwaltung sowie der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung durch Mitarbeit im Brandenburger Prüfungsausschuss für Amtstierärztinnen und Amtstierärzte.</li> <li>• Mitwirkung bei der Erarbeitung von QM-Dokumenten für die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter des Landes Brandenburg durch Mitarbeit in fünf kreisübergreifenden QM-Arbeitsgruppen (Steuerungsgruppe, Landesarbeitsgruppe, Expertenfachgruppe (EFG) Fleischhygiene, EFG Lebensmittelüberwachung und EFG Tierschutz)</li> </ul> <p>Mitarbeit in einer kreisübergreifenden IT-Arbeitsgruppe, in der Fragestellungen zur Weiterentwicklung der Fachverfahren BALVI iP und BALVI mobil für die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter des Landes Brandenburg bearbeitet werden</p>
	<b>Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst:</b> Ausbruchsmanagement bei infektiösen Erkrankungen/Umgebungsuntersuchungen (z.B. TBC usw.)
	Mit dem Ziel, die Bioabfälle der Landeshauptstadt Potsdam einer hochwertigen Verwertung zuzuführen, bereitet der <b>Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger</b> im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit mit den Landkreisen Havelland, Ostprignitz-Ruppin und Stendal sowie der Stadt Brandenburg an der Havel die Gründung eines

	Zweckverbandes vor. Mit der zukünftigen Bündelung der Bioabfallmengen aus diesen Körperschaften soll der wirtschaftliche Betrieb einer hochwertigen Bioabfallvergärungsanlage mit nachgeschalteter Kompostierung der Gärreste am Standort Schwanebeck ab 2024/25 verwirklicht werden.
<b>GB 4:</b>	Zusammenarbeit/Abstimmung mit den <b>Wirtschaftsförderungen</b> der Regionalen Wachstumskerne (RWK) Brandenburg an der Havel, Ludwigsfelde, Luckenwalde und der Landkreise PM, HVL, TF sowie mit den <b>Regionalmanagements</b> der Lokalen Aktionsgruppen (LAG) Fläming-Havel, Havelland, Rund um die Flaeming-Skate im Rahmen der <b>REGIONALE zur Regionalentwicklungsstrategie des Landes Brandenburg</b> (mehrmals im Jahr).
	Gemeinsame Kampagne „Mehr Zukunft“ mit Landkreis PM für die Vermarktung der " <b>Gesundheitswirtschaft</b> " ( <a href="https://mehr-zukunft.info/">https://mehr-zukunft.info/</a> )
	Am 18.11.2022 reisten Oberbürgermeister Mike Schubert und der Beigeordnete Bernd Rubelt mit einer Potsdamer Handelsdelegation nach Kassel, um sich dort die <b>GALERIA Pilotfiliale</b> „Regionaler Magnet – Galeria 2.0“ anzuschauen und im Anschluss mit den Kasseler Handelsakteuren in den interkommunalen Austausch zu relevanten Einzelhandelsthemen zu treten.
	<b>Klimabündnis der europäischen Städte und Kommunen</b>
	Mitarbeit in den drei Arbeitsgruppen Politik, Energieversorgung der Zukunft und CO2-Bilanzen; Erarbeitung von Positionspapieren, sowie fachliche Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung von kommunalen Methoden und Instrumenten für Klimaschutz
	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen Potsdam und dem Landkreis PM zur Übernahme <b>der Aufgaben auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und Förderung</b> .
	Arbeitsgruppe <b>Niedrigwassermanagement</b> im Flussgebiet Untere Havel
	Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden im Rahmen der Mitarbeit im Vorstand der LAG der <b>LEADER-Region Havelland</b> zur Koordinierung und Unterstützung der Anträge auf ELER-Förderung für Maßnahmen im ländlichen Raum (EU-Förderperiode bis 2022 und 2023-2027).
Ansprechpartner für die Abstimmung mit der Regionalen Planungsstelle als Trägerin der Regionalplanung in der <b>Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming</b> (BbgRegPIG). Vorbereitung der Regionalversammlung und des Regionalvorstandes.	

	<p>Koordinierung der Potsdamer Themen im Kommunalen Nachbarschaftsforum (KNF), seit 2020 als Verein „<b>Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e.V.</b>“ konstituiert. Der Verein richtet eine Jahreskonferenz aus. Potsdam ist Mitglied in 2 der 4 Nachbarschaftsforen (Süd und West), in denen Berlin und angrenzende Gemeinden gemeinsame Themen wie Verkehr, Wohnen, Einzelhandel etc. diskutieren; In der Regel finden drei Sitzungen im Jahr statt; Mitwirkung ebenfalls in den thematischen Anliegensgruppen.</p> <p>Mitarbeit gemeinsam mit weiteren 30 Städten in der <b>Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg.</b></p> <p>Gemeinsame Errichtung und Verkehrsfreigabe der <b>Fuß- und Radwegbrücke</b> Werder-Potsdam/Schwielowsee</p> <p>Erarbeitung eines Konzepts zur Verlängerung der geplanten <b>Radschnellverbindungen</b> von Berlin in die benachbarten Kommunen im Rahmen des Projekts Machbarkeitsuntersuchung „Radschnellverbindungen Südwest“. Projektpartner: Landkreis Potsdam-Mittelmark, Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin, sowie die Gemeinden Teltow, Werder (Havel), Kleinmachnow, Stahnsdorf, Nuthetal und Schwielowsee.</p> <p>Abstimmungen zwischen den <b>Aufgabenträgern im ÖPNV</b> erfolgte in den entsprechenden Gremien des VBB (Beirat der Gesellschafter, Arbeitsgruppe (AG) Aufgabenträger, AG Weiterentwicklung des Tarifsystems). Darüber hinaus erfolgten Abstimmungen mit den benachbarten Aufgabenträgern zur Umsetzung des Fahrplanwechsels im Dezember 2022.</p> <p>Erarbeitung eines Masterplans und Umsetzungskonzeptes für das Nachhaltige regionale Verkehrs- und Informationsmanagement. Zur Bearbeitung des Projektes wurde ein Arbeitskreis aus den Umlandgemeinden, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg sowie der Landeshauptstadt Potsdam etabliert.</p>
	<p>Engagement in der <b>Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen</b> Brandenburg zur Radverkehrsförderung im Land Brandenburg.</p>
<b>GB 5:</b>	<p><b>Fachbereich Personal und Organisation</b></p> <p>Mitgliedschaft im Zweckverband <b>Brandenburgische Kommunalakademie</b></p> <p>Der Zweckverband ist zuständig für die Ausbildung im mittleren und gehobenen Dienst der Mitgliedsverwaltungen und zuständige Stelle für die Prüfungen</p> <p>Mitgliedschaft im <b>Versorgungsverband Brandenburg (KVBbg)</b>. Der KVBbg ist als Zusatzversorgungskasse für die Zusatzversorgung der Tarifbeschäftigten und als Versorgungskasse für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Land Brandenburg zuständig.</p>

	<p>Mitgliedschaft im <b>Kommunalen Arbeitgeberverband Brandenburg (KAV)</b>. Der KAV Brandenburg ist Mitglied in der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), die als Tarifvertragspartei mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die Kommunen Tarifverträge aushandelt.</p> <p>Weitere <b>kommunale Kooperationen auf der Ebene der Mitgliedschaft</b> erfolgen im „<b>Deutschen Städtetag (DSt)</b>“, „<b>Städte- und Gemeindebund Brandenburg StGBBbg</b>“ sowie der <b>Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt)</b>.</p> <p>Die LHP arbeitet im Rahmen der Aus- und Fortbildung des Führungskräftenachwuchses mit der Brandenburgischen Kommunalakademie und mehreren Landkreisen (PM, TF, BRB) zusammen. Im Rahmen der Seminarreihe <b>Führung Plus</b> werden Beschäftigte für künftige Führungsaufgaben vorbereitet.</p>
	<p><b>Fachbereich E-Government</b></p> <p>Mehrere Arbeitsgruppen in der TUIV AG Land Brandenburg</p> <p>Seit Anfang 2022 ist die Landeshauptstadt Potsdam Teilnehmerin in der Allianz für Cybersicherheit.</p> <p>Seit 2020 Mitgliedschaft im Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg (DIKOM).</p> <p>Die Landeshauptstadt Potsdam ist seit 2018 Mitglied der Vitako, - der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.</p> <p>Ebenfalls seit 2018 besteht die Mitgliedschaft in der ProVitako, - der Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e. G</p>
	<p><b>Fachbereich Verwaltungsmanagement</b></p> <p><b>Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt)</b></p> <p>Regionale AGs</p> <p>Mitglied in der:</p> <p>AG Ost- Austausch einmal jährlich zu statistischen Themenfeldern</p> <p>Fach-AGs</p> <p>AG Bevölkerung</p> <p>AG Umfragen</p> <p><b>KOSIS-Verbund (Verbund kommunales Statistisches Informationssystem)</b></p> <p>Verbund unter dem Dach des VDSt. Er dient der Verbesserung der</p>

	<p>Planungs- und Entscheidungsfähigkeit der Kommunen durch kooperative Verfahrensentwicklung, Pflege und Nutzerunterstützung beim Aufbau und Betrieb des Statistischen Informationssystems. LHP ist in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften des Verbundes aktiv.</p> <p><b>TUIV AG Land Brandenburg</b></p> <p>Interkommunale Arbeitsgruppe zum Thema Verwaltungssoftware</p> <p>Vertretung in der AG „Bewertung von Fachverfahren“ (AG-Mitglieder verschiedener Kommunal- und Kreisarchive des Land Brandenburgs)</p> <p>Regelmäßige Austauschtreffen der Leitungen der Kreisarchive und der Kommunalarchive des Landes Brandenburg, organisiert über die Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken des Landes Brandenburg.</p>
	<p><b>Verwaltungs- und Managemententwicklung</b></p> <p><b>Deutscher Städtetag</b></p> <p>AK Digitalisierung</p> <p>AK Moderne Verwaltung</p> <p><b>Ministerium des Innern und Kommunales</b></p> <p>Onlinezugangsgesetz (OZG) Sprechstunden</p>



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
22.02.2023
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
- 3.1 Priorität für neuen Plenarsaal  
Vorlage: 22/SVV/0938  
Fraktion DIE LINKE
- 3.2 Bauabteilungen bei den Stadtwerkeunternehmen ermöglichen  
Vorlage: 23/SVV/0052  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Ergänzung der Gesamtstädtischen Ziele sowie Strategieprojekte in Vorlagen  
Vorlage: 23/SVV/0237  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 4.2 Bauausschreibung Leipziger Dreieck BA 3  
Vorlage: 23/SVV/0241  
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.3 Anmietung von Büroflächen für die Landeshauptstadt  
Vorlage: 23/SVV/0242  
Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
- 4.4 4. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit  
Vorlage: 23/SVV/0243  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 5 Sonstiges
  
- neu Generalmietverträge für das Sonderbauprogramm der ProPotsdam GmbH –  
Standorte: Eichenweg, Kossätenweg  
Vorlage: 23/SVV/0261  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.02.2023**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung verweist er auf den Dringlichkeitsantrag, DS 23/SVV/0261 – Generalmietverträge für das Sonderbauprogramm der Pro Potsdam GmbH – Standorte Eichenweg, Kossätenweg, der in der heutigen Sitzung vorgestellt und in der nächsten regulären Sitzung der Stadtverordnetenversammlung möglichst sofort beschlossen werden soll.

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll der Tagesordnungspunkt 3.2 - Bauabteilungen bei den Stadtwerkeunternehmen ermöglichen  
Vorlage: 23/SVV/0052 – **zurückgestellt** werden.

Unter dem Punkt „Sonstiges“ wird auf Bitte der Fraktion DIE LINKE zu folgenden Punkten informiert:

- Weiterer Umgang mit der Umsatzsteuerregelung für Gas- und Fernwärmekunden der EWP
- Planung der Stadtteilrundgänge für 2023
- Schlussfolgerungen aus der Informationsveranstaltung am 24. Februar 2023 zum Sonderbauprogramm der Pro Potsdam

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; sie wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 70. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.02.2023 merkt Herr Brödno an, dass nach Meinung der Fraktion DIE aNDERE die Abstimmungsergebnisse zu den Tagesordnungspunkten 5.1 und 5.3 nicht korrekt dargestellt seien. Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Bestätigung der Niederschrift bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses **zurückzustellen** und die Einwände bis dahin zu klären, erhebt sich kein Widerspruch.

Der Oberbürgermeister verliest eingangs einen Brief in der eine der Kandidatinnen für die Wahl zur Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport ihre Bewerbung zurückzieht. Sie begründet dies mit der offensichtlichen Weitergabe von Informationen der am Auswahlverfahren Beteiligten an die Presse, die dazu führten, dass ihre Bewerbung öffentlich wurde.

Er, so der Oberbürgermeister, werde den Brief sowohl den Medienvertretern der

MAZ und PNN zur Verfügung stellen als auch den Fraktionen. Er merkt kritisch an, dass es scheinbar in Potsdam nicht möglich sei, Verschwiegenheit zu wahren und eine Beschädigung der sich bewerbenden Personen zu vermeiden.

**neu**            **Generalmietverträge für das Sonderbauprogramm der ProPotsdam GmbH – Standorte: Eichenweg, Kossätenweg**  
**Vorlage: 23/SVV/0261**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, bringt die Vorlage ein und bestätigt auf Nachfrage, dass es sich heute um eine Vorberatung handelt, die einen Sofortbeschluss in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.05.2023 ermöglichen sollte.

Rückfragen gibt es dazu nicht; die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 3**            **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**

**zu 3.1**         **Priorität für neuen Plenarsaal**  
**Vorlage: 22/SVV/0938**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und betont, dass das Anliegen im Zusammenhang mit der Umsetzungskonzeption beraten werden sollte. Da dieses nicht vorliegt, beantragt er die Drucksache **zurückzustellen**.

**Abstimmung:**

Der Antrag auf Zurückstellung wird mit 6 Nein-Stimmen, bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Nach kontroverser Diskussion wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei den Planungen für den Verwaltungscampus dafür Sorge zu tragen, dass der Bau des neuen Plenarsaals für die Stadtverordnetenversammlung prioritär in den Planungs- und Bauablauf eingeordnet wird. Ziel ist es dabei, dass der neue Plenarsaal bis 2028 zur Verfügung steht.

Der Hauptausschuss ist bis Ende des Jahres 2022 und im folgenden quartalsweise über den Stand der Umsetzung zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

mit 10 Nein-Stimmen **abgelehnt**,  
bei 5 Ja-Stimmen.

- zu 3.2 Bauabteilungen bei den Stadtwerkeunternehmen ermöglichen**  
**Vorlage: 23/SVV/0052**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt**

**zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 4.1 Ergänzung der Gesamtstädtischen Ziele sowie Strategieprojekte in Vorlagen**  
**Vorlage: 23/SVV/0237**  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Zu dieser Mitteilungsvorlage gibt es keine Rückfragen; sie wird zur Kenntnis genommen.

- zu 4.2 Bauausschreibung Leipziger Dreieck BA 3**  
**Vorlage: 23/SVV/0241**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Zu dieser Mitteilungsvorlage gibt es keine Rückfragen; sie wird zur Kenntnis genommen.

- zu 4.3 Anmietung von Büroflächen für die Landeshauptstadt**  
**Vorlage: 23/SVV/0242**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement

Nach Beantwortung einiger Rückfragen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

- zu 4.4 4. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit**  
**Vorlage: 23/SVV/0243**  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Nach Beantwortung einiger Rückfragen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

**zu 5 Sonstiges**

Weiterer Umgang mit der Umsatzsteuerregelung für Gas- und Fernwärmekunden der EWP

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass das Gespräch mit „Stadtspuren“ gesucht wurde, um eine Lösung zu finden. Frau Meier als Aufsichtsratsvorsitzende der Pro Potsdam, Herr Exner als Aufsichtsratsvorsitzender der SWP/EWP sowie die drei Geschäftsführenden der genannten Unternehmen haben sich zu dieser Problematik verständigt und den

Gesprächsfaden aufgenommen, was anders respektive besser gemacht werden könne.

#### Planung der Stadtteilrundgänge für 2023

Der Oberbürgermeister verweist auf den in der Hauptausschusssitzung gegebenen Ausblick und die geplanten Termine im Juni, September und November 2023. Die Formate seien in der Vorbereitung und würden demnächst auf den Internetseiten veröffentlicht.

#### Schlussfolgerungen aus der Informationsveranstaltung am 24. Februar 2023 zum Sonderbauprogramm der Pro Potsdam

Frau Meier führt dazu aus, dass diese im Stadtteilrat zu besprechen seien und die Nachbarn im Sinne des Baugesetzbuches auch beteiligt werden.  
Herr Dr. Scharfenberg wirbt für unkomplizierte Informationen an die davon Betroffenen.